zum Kreis- und Strategieausschuss am 15.02.2016, TOP 8
Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg	Ebersberg, 15.02.2016
Az.	Zuständig: Geisler, Stefanie, ☎ 08092-823-205

Vorgesehene Beratungsreihenfolge
Kreis- und Strategieausschuss am 15.02.2016, Ö

Aktuelle Berichterstattung und Aussprache zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern im Landkreis Ebersberg; a) Bericht der Verwaltung b) Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.02.2016

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion; Berichterstattung und Aussprache zur dezentralen Unterbringung von Asylbewerbern

Sitzungsvorlage 2016/2612

I. Sachverhalt:

a) Bericht der Verwaltung

Im Landkreis Ebersberg leben zum Stichtag 12. Februar 2016 1.359 Asylbewerber und 123 unbegleitete Minderjährige. Zusätzlich befinden sich derzeit in der Notunterkunft am Humboldt-Gymnasium Vaterstetten 200 Menschen. In den Unterkünften leben zudem 128 sogenannte Fehlbeleger.

Die Unterkünfte befinden sich derzeit in 16 Landkreiskommunen und haben Kapazitäten von 2 bis 200 Personen. In der Jugendhilfe gibt es insgesamt 14 Einrichtungen, darüber hinaus leben die Asylbewerber in 48 dezentralen Unterkünften.

Derzeit werden dem Landkreis 37 Asylbewerber wöchentlich zugewiesen. Diese Quote resultiert aus einem Abschlag von 60 % zur letzten Quote (61 Asylbewerber). Die endgültige Quote soll im Laufe des Februars übersandt werden.

Die Regierung von Oberbayern weist daraufhin, dass Deutschland mit einem Zugang von 1.000.000 weiteren Flüchtlingen im Jahr 2016 rechnen muss. Ob sich diese Aussage bewahrheitet, wird sich erst im Laufe des Jahres 2016 zeigen. Ausgehend von 1.000.000 Flüchtlingen müsste der Landkreis Ebersberg im Jahr 2016 ca. 1.500 weitere Asylbewerber aufnehmen.

Da zudem die Turnhallen wieder Zug-um-Zug geräumt werden sollen bzw. auch Mietverträge im Jahr 2016 auslaufen, müssen Kapazitäten von ca. 2.500 Plätzen geschaffen werden.

Für das erste Halbjahr 2016 stehen Kapazitäten von rund 1.500 Asylbewerber auf der Agenda – eine Übersicht erfolgt in der Sitzung.

Darüber hinaus erfolgen nun die Gespräche mit den Gemeinden, da diese die sogenannten Fehlbeleger unterbringen müssen. Ein Verbleib in den dezentralen Asylunterkünften ist aufgrund der knappen Kapazitäten derzeit nicht mehr möglich.

b) Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 1. Februar 2016

Die Kreisräte werden regelmäßig, im Ausschuss für Soziales, Familie und Bildung, dem Kreis- und Strategieausschuss sowie im Kreistag informiert → hier steht das Thema regelmäßig auf der Agenda.

Ebenso wird die Thematik in jeder Bürgermeisterdienstbesprechung erläutert. →Die Bürgermeister werden bereits jetzt vor jeder Belegung informiert; die weitere Einbeziehung soll in der Bürgermeisterdienstbesprechung am 22. Februar 2016 behandelt werden.

Von Seiten der Verwaltung wird vorgeschlagen, dass die Fraktionssprecher die Informationsemail an die Gemeinden über die tatsächliche Belegung ebenso erhalten, so dass auch die Kreisräte über die Belegungen vor Ort informiert sind.

Von Seiten der Verwaltung wird zudem vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt vollumfänglich in der nächsten Bürgermeisterdienstbesprechung zu beraten und dem KSA dann im Anschluss wieder zu berichten.

Auswirkung auf Haushalt:

keine

II. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.

gez.

Geisler, Stefanie